

**Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion,
Helge Herrwegen, zur Verabschiedung des Haushaltes 2019/2020**

in der Sitzung des Rates am

11. Dezember 2018

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

gleich zu Beginn möchte ich mich herzlich beim Bürgermeister und den Beigeordneten für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen bedanken.

In diesen Dank beziehe ich ausdrücklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei, ein.

Besonders möchte ich Herrn Hummelsheim danken. Sie haben mit dem Doppelhaushalt ihren letzten Haushalt eingebracht. Sicherlich diesmal aufgrund der aktuellen Haushaltsdaten eine angenehmere Aufgabe.

Ich möchte Ihnen persönlich wie auch im Namen der SPD-Fraktion für die jederzeit faire, offene, vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit danken und wünsche Ihnen für den anstehenden Ruhestand alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit.

Ich bin mir sicher, dass Frau Beloch als Nachfolgerin diese Aufgabe im Bereich der Finanzen gut ausfüllen wird. Das hat ihre bisherige Tätigkeit auch schon gezeigt. Wir werden als Fraktion nachher natürlich ihrer Bestellung zur Kämmerin zustimmen. Wir freuen uns auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Ich bitte den Bürgermeister, unseren Dank an die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung weiter zu geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir freuen uns, dass wir dieses Jahr wieder in den Fachausschüssen viele Anträge diskutieren konnten und nicht, wie beim letzten Haushalt, erst kurz vor der Sitzung des Hauptausschusses mit den Anträgen der Mehrheitsfraktionen konfrontiert wurden.

Einen großen Ausreißer gab es allerdings. Hier ging es um den Kauf von Wohnungen im Bereich der Mainstraße mit einem Investitionsvolumen von 9,9 Millionen Euro. Hier wurden letzte Woche im Hauptausschuss die anderen Fraktionen vor vollendete Tatsachen gestellt. Viele Fragen wurden nicht ausreichend beantwortet, Berechnungen nicht dargestellt, sondern vielmehr dem Bürgermeister die Daten kommentarlos in der Sitzung zur Prüfung übergeben. Das ist nicht in Ordnung und macht sprachlos. Auch die nachgereichten Unterlagen reichen nicht aus. Zu diesen Berechnungen haben wir noch viele Fragen, z.B. zu etwaigen Abschreibungen (AfA) und zu dem nicht berücksichtigten Leerstandswagnis. Auch stellen sich einige rechtliche Fragen, z.B. vergaberechtliche Vorgaben. Auf diese Weise können wir nicht fast 10 Millionen Euro investieren. Hier muss genau geprüft und analysiert werden sowie auch Alternativen dargestellt werden.

Wir als SPD-Fraktion lassen uns hier nicht unter Druck setzen. Genauigkeit geht vor Schnelligkeit. Hier geht es um öffentliche Gelder, die wir nicht auf diese Weise ausgeben dürfen.

Plötzlich entdeckt die CDU-Fraktion das Thema sozialer Wohnungsbau. Das überrascht schon sehr. Bei der Entwicklung des Bebauungsplans für diesen Bereich hat die CDU-Fraktion zunächst vor allem auf den Bau von Einfamilienhäusern gesetzt und sich wenig für einen Wohnmix und für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau an dieser Stelle engagiert. **Erst Dank des politischen Drucks aus der Bürgerschaft sowie des starken Einsatzes des Bürgermeisters und auch meiner Fraktion kam dort endlich Bewegung rein.**

Gut ist, dass der Antrag jetzt noch zurückgenommen wurde und die Angelegenheit in Ruhe Anfang 2019 geprüft wird. Wir als SPD-Fraktion können uns auch gut vorstellen, dass wir gemeinsam mit der GWG Rhein-Erft als Partnerin den öffentlich geförderten Wohnungsbau als Investition in die Zukunft voranbringen können.

Auch offen ist noch der einstimmige Beschluss im Hauptausschuss aus dem Juni, dass die Verwaltung eine Finanzanlagenrichtlinie erarbeiten soll als mögliche Entscheidungsgrundlage für eine professionelle Vermögensverwaltung.

Das Ergebnis dieser Ausarbeitung möchte meine Fraktion ebenfalls abwarten. Wir erwarten bald die Vorlage der Verwaltung.

Der Kreis arbeitet seit vielen Jahren mit solchen Finanzanlagen und scheint gute Erfahrungen damit gemacht zu haben. Hier können sich sicherlich auch unsere Wesseling Kreistagsabgeordneten inhaltlich einbringen.

Immer etwas Neues: Dieses Jahr wurde versucht, haushaltsrelevante Anträge von Seiten der CDU-Fraktion in das nächste Jahr zu vertagen, um keine Entscheidung treffen zu müssen. Das geht nicht.

Alle Haushaltsanträge, auch die der Opposition, sind im Hauptausschuss als Finanzausschuss zu beraten und zu entscheiden.

Das wurde von Seiten der Verwaltung jetzt auch nochmals klargestellt.

Der heute zu verabschiedende Doppelhaushalt ist der letzte Haushalt in dieser langen Ratsperiode mit insgesamt 77 Monaten.

Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, unsere politischen Schwerpunkte darzulegen, die wir bereits seit längerem konsequent verfolgen.

Wir wollen die Kita-Gebühren schrittweise abschaffen.

Wir stehen als SPD für die Beitragsfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ist durch Steuermittel von allen Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren.

In Rheinland-Pfalz sind die Kitas schon seit acht Jahren größtenteils von Beiträgen befreit. Berlin, Hessen und Niedersachsen verzichten jetzt auch auf Kita-Beiträge. Leider lehnt die schwarz-gelbe Landesregierung es bisher ab, die Kitas in NRW beitragsfrei zu stellen. Trotz dieser Ausgangslage setzen immer mehr Kommunen in NRW die Beitragsfreiheit schrittweise vor Ort um, etwa die Stadt und der Kreis Düren und die Stadt Eschweiler.

Nach meiner Recherche hat die CDU überall dem Ausbau der Beitragsfreiheit zugestimmt und dies als ganz starkes familienpolitisches Signal bezeichnet.

Ich frage mich:

Warum können wir dieses starke familienpolitische Signal nicht in Wesseling setzen bei einem Haushaltsüberschuss von fast 27 Millionen Euro in 2017?

Wir möchten Wesseling noch attraktiver für Familien machen. Finanziell ist die Beitragsfreiheit für das vorletzte Kindergartenjahr machbar. Statt voran zu gehen und damit auch den Druck auf das Land zu erhöhen, kommen wir hier mühevoll nur in kleinen Schritten voran und verweisen mutlos auf die Verantwortlichkeiten der höheren Ebenen. Das ist uns zu wenig.

Die SPD möchte jetzt mehr für Familien erreichen und das ist auch möglich.

Seit Jahren setzen wir uns auch für den kommunalen Ordnungsdienst mit einer guten Personalausstattung ein. Viele Bürgerinnen und Bürger halten die tägliche Präsenz eines Ordnungsdienstes in unserer Stadt für sehr wichtig. Es geht um die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls.

Die Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger müssen wir ernst nehmen!

Wir wollten den Innendienst stärken, damit die Außenpräsenz vollumfänglich sichergestellt werden kann und die Mitarbeiter nicht zu sehr mit bürokratischen Vorgängen beschäftigt werden. Das hat die Mehrheit abgelehnt.

Wir stehen als SPD-Fraktion für die Weiterentwicklung unserer Schullandschaft. Immer mehr Schülerinnen und Schüler besuchen Gesamtschulen in der Umgebung oder die Sekundarschule in Merten.

Wir wollen ein Gesamtschulangebot in Wesseling erreichen.

Wir setzen darauf, dass die Gespräche mit der Bezirksregierung Köln und den Nachbarkommunen hier erfolgreich verlaufen.

Aufgrund der anstehenden Veränderungen der Schullandschaft möchten wir uns breiter aufstellen und in einer Zukunftswerkstatt Schule das Know-How der Expertinnen und Experten, wie z.B. aller Schulleiter und Schulleiterinnen und der Vorsitzenden der Schulpflegschaften bündeln und in die schulpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen einfließen lassen. Eine solche breite Beteiligung ist leider durch Schwarz-Grün abgelehnt worden.

Wir freuen uns, dass auf unseren Antrag hin die Förderung von Schulprojekten - über die Grundförderung nach dem von uns abgelehnten Gießkannenprinzip hinaus - erreicht werden konnte. An den Schulen wollen wir damit die Realisierung weiterer guter Aktivitäten und Projekte unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir setzen uns bei den städtischen Planungen dafür ein, einen guten Mix von Eigentum und Mietwohnungen zu erreichen. Dies gelingt uns bei der derzeitigen politischen Zusammensetzung des Rates nicht immer.

Bei der Planung des Gebietes in Wesseling Süd (Ahrstraße) haben wir es nur mit Mühe geschafft, neben Einfamilienhäusern auch in stärkerem Maße Geschosswohnungen und geförderten Wohnraum zu etablieren. Bei anderen Plänen ist das nicht der Fall. So werden in dem Gebiet an der Traunsteiner Straße und an der Lindenstraße in Berzdorf insgesamt 198 Einfamilienhäuser entstehen und davon nur 20 Häuser öffentlich gefördert. Was fehlt sind Geschosswohnungen, um den Wohnungsbedarf zu decken. Keine einzige Wohnung im Geschosswohnungsbau entsteht in diesen Baugebieten - trotz heftiger Kritik unserer Fraktion. Für uns als SPD-Fraktion ist bezahlbarer Wohnraum nicht nur Thema bei Sonntagsreden.

Wir setzen uns bei der Entwicklung von jedem Baugebiet dafür ein. Andere setzen dagegen weitgehend nur auf Einfamilienhäuser, was dem Erfordernis einer ausgewogenen Wohnbebauung keinesfalls gerecht wird.

Wir können auch die Ablehnung unseres Antrages zur sozialgerechten Bodennutzung nicht nachvollziehen. **Das Argument der Enteignung von Seiten der CDU ist absurd.**

In Art. 14 Abs. 2 unseres Grundgesetzes steht, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Außerdem sollen Bauleitpläne nach § 1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) ausdrücklich eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten.

Mit unserem Antrag greifen wir diese gesetzliche Aufgabe auf und wollen einen Prozess und ein Verfahren auf den Weg bringen, um diese sozialgerechte Bodennutzung zu realisieren. Dadurch wollen wir den stärkeren Bau öffentlich geförderter Wohnungen erreichen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Integration. Wir freuen uns, dass im Doppelhaushalt Mittel für Integrationsprojekte und für einen jährlichen Integrationspreis zur Verfügung gestellt werden. Schade ist, dass bei der Aufstellung des Schildes gegen Rassismus im Rathaus sowie einer entsprechenden Resolution kein einstimmiger Beschluss des Rates erreicht werden konnte.

In 2016 haben wir die Entwicklung eines Klimakonzeptes und die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten beantragt. Das Konzept wird uns bald vorgestellt. Wichtig ist, dass wir neben der Einstellung des Beauftragten Mittel für die Umsetzung des Konzeptes im Ergebnis gemeinsam doch noch verankern konnten.

Uns erstaunt dabei schon, dass die Grüne-Fraktion sich so schwer mit der Zustimmung zu Klimaschutz-Anträgen getan hat und diese sogar zunächst abgelehnt hat.

Auf unseren Antrag hin werden die vielfältigen Aktivitäten der Wesseling Sozialvereine zukünftig gefördert. Das Engagement dieser Vereine ist für unsere Gesellschaft in Wesseling von großer Bedeutung.

Zur Förderung der entsprechenden Projekte bedarf es auch der finanziellen Anerkennung und Unterstützung.

Wir wollen als SPD-Fraktion den Familienpass stärken. Daher haben wir neben der Erweiterung der Leistungen auch beantragt, dass der Familienpass bereits für Familien mit einem Kind gelten soll.

Für uns ist jedes Kind gleich viel wert.

Dieser Ansatz wird leider von der schwarz-grünen Mehrheit nicht geteilt.

Wir wollen in Wesseling die Einrichtung eines Jugendrates erreichen. Damit greifen wir auch eine Forderung unserer Jugendorganisation – der Jusos Wesseling – auf. Viele andere Städte haben bereits ein solches Gremium. Von deren Erfahrungen können wir bei der Umsetzung des Jugendrates lernen. **Uns ist es wichtig, dass die Jugendlichen die Arbeitsweise der Kommunalpolitik kennenlernen und in ihren Angelegenheiten mitwirken können.**

Wir bedauern es, dass wir keine Mittel für die kindgerechte Heranführung an die digitalen Medien in den Kitas zur Verfügung stellen.

Aus unserer Sicht gehören heute die digitalen Medien bereits so sehr zu unserem Alltag, dass Kinder Medienerziehung und Medienbildung von Anfang an brauchen. Laut einer Studie der Bundesregierung nutzen 70 Prozent der Kinder im Kita-Alter das Smartphone ihrer Eltern länger als eine halbe Stunde täglich. Umso wichtiger ist es daher für uns, Kinder bei ihren Erfahrungen in der digitalen Welt zu begleiten und zu prüfen, wie altersgerecht und pädagogisch sinnvoll mit digitalen Medien im Kita-Alltag umgegangen werden kann.

Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt solche Projekte. In Wesseling ist Schwarz-Grün dagegen noch nicht mal bereit, in eine inhaltliche Debatte einzusteigen.

Wir unterstützen die Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Wesseling. Wir sind auch bereit, die erforderliche Sozialarbeiterstelle zur Verfügung zu stellen. Jugendberufsagenturen möchten die Integrationschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Arbeitswelt und Gesellschaft verbessern. Den Jugendberufsagenturen liegt die Idee zugrunde, die Kompetenzen der zuständigen Institutionen (Arbeitsagenturen, Jobcenter, Träger der Jugendhilfe) enger zu verzahnen und zu koordinieren. Junge Menschen sollen so „wie aus einer Hand“ unterstützt werden. Diese Idee hat sich mittlerweile in ganz Deutschland etabliert.

Daher gehört eine solche Agentur auch nach Wesseling, gerade unter Berücksichtigung unserer Sozialstruktur.

Bei der Frage der Unterbringung der Wesselinger Tafel möchten wir, dass weiterhin alle Möglichkeiten für eine verbesserte Unterbringung der Tafel geprüft werden.

Im Kulturbereich möchten wir die Städtepartnerschaften stärken. Daher haben wir Mittel für die Durchführung eines offenen Workshops beantragt, um mit Unterstützung eines externen Beraters neue Impulse die Fortentwicklung unserer Partnerschaften zu setzen. Dieses Anliegen ist leider von CDU und Grünen abgelehnt worden, ohne eigene Vorschläge einzubringen.

Die teilweise schwierige Situation unserer Städtepartnerschaften verbessert sich so wahrlich nicht.

Wir möchten mit der Einführung von städtisch organisierten Open-Air-Kino-Veranstaltungen das kulturelle Angebot in Wesseling erweitern. Solche Veranstaltungen bereichern unsere Stadt und werden sicherlich von unseren Bürgerinnen und Bürgern gerne angenommen. Wir freuen uns, dass Haushaltsmittel nun zur Verfügung stehen.

Bei der Diskussion sind allerdings die Bedenken stark hervorgehoben wurden. Wir sollten uns besser auf das Gelingen solcher Veranstaltungen konzentrieren.

Das Image unserer Stadt kann sich auch durch solche Events weiter verbessern.

Im Sportbereich freuen wir uns, dass 200.000 Euro für die Neugestaltung des Bolzplatzes am Entenfang zur Verfügung stehen. Seit längerem haben sich die Jusos Wesseling für die Verbesserung und die Aufhebung der Sperrung des Platzes engagiert. Wir setzen darauf,

dass der Platz nach der Neugestaltung bald wieder von den Jugendlichen genutzt werden kann.

Zum Abschluss möchte ich noch auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung eingehen. Wir sehen als SPD-Fraktion unsere Aufgabe als Politik in der strategischen Entwicklung unserer Stadt und der Verwaltung (Stichwort: z.B. sozialgerechte Bodennutzung) und die Konzentration auf wichtige Themen. Die Verantwortung für die operative Umsetzung und die Alltagsarbeit liegt bei der Verwaltung.

Es ist aus unserer Sicht nicht Aufgabe von Politik, Verwaltungsaufgaben zu übernehmen und z.B. konkrete Anfragen und Gespräche im Hinblick auf Erwerb von Grundstücken oder Häusern für die Stadt zu führen bzw. zu starten.

Das ist und bleibt Aufgabe der Verwaltung.

Fazit:

Insgesamt sind einige unserer Anträge im Rahmen der Haushaltsberatungen berücksichtigt worden. Andere wichtige Vorhaben wie z.B. die Beitragsfreiheit für das vorletzte Kindergartenjahr, die Erweiterung des Angebots des Familienpasses, die Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes oder die sozialgerechte Bodennutzung – sind teilweise sogar ohne nähere und fundierte Begründung abgelehnt worden.

Hier setzen wir andere Schwerpunkte.

Für uns stehen weiterhin die Entlastungen für Familien und Kinder im Mittelpunkt.

Wir stehen für eine zukunftsorientierte Politik in Wesseling, die den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt weiter stärkt und die finanziellen Spielräume dazu konsequent nutzen will.

Daher können und werden wir dem Doppelhaushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.